

*Redebeitrag von Sahra Mirow, Die LINKE Heidelberg
auf der Kundgebung am 26.02.2022 in Heidelberg
Nein zum Krieg! Die Waffen nieder! Zurück zu Diplomatie und Verhandlungen*

Liebe Friedensbewegte,

wir stehen heute gemeinsam hier um gegen den Krieg in der Ukraine ein klares Zeichen zu setzen.

Nach Wochen des Säbelrasselns und der Aufrüstung auf beiden Seiten hat Putin die Ukraine angegriffen. Die Bombenangriffe und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, das ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Das ist die gefährlichste Situation für den Frieden in Europa seit Jahrzehnten.

Als LINKE stehen wir klar und unmissverständlich an der Seite des Völkerrechts. Das haben wir immer und das werden wir immer. Wir stehen an der Seite aller Menschen, die sich für Frieden in Europa einsetzen.

Die Nato-Osterweiterung haben wir zu Recht kritisiert. Aber die Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken und der Angriff russischer Truppen, das ist keine Friedensmission wie Putin es zynisch darstellt. Das ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen.

Putin hat deutlich gemacht, dass er einen aggressiven Nationalismus vertritt. Dem stellen wir uns entgegen. Die Sicherheit und die Unabhängigkeit der Ukraine müssen gewahrt werden. Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden!

Krieg darf niemals ein Mittel der Politik sein. Denn Krieg ist immer gleich. Menschen sterben. Sie werden aus ihrem Zuhause vertrieben, begeben sich auf die Flucht und in Gefahr. Krieg bedeutet unermessliches Leid. Krieg ist immer ein Verbrechen an der Menschlichkeit.

Unsere Solidarität gilt nun den Menschen in der Ukraine. Unsere Gedanken gelten allen Menschen vor Ort, die schon lange unter dem Kampf der Einflussphären leiden und nun brutal von den Kampfhandlungen betroffen sind.

Die Menschen, die nun auf der Flucht sind brauchen unsere Hilfe. Das bedeutet Grenzen auf für Geflüchtete und sofortiger Stopp aller Abschiebungen in die Krisenregion. Kriegsdienst-Verweigerer aus Russland und der Ukraine müssen solidarisch aufgenommen werden.

Wir fordern als LINKE die Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors an der ukrainisch-russischen Grenze sowie an der Grenze von Russland und Nato-Mitgliedsstaaten.

Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen zur Deeskalation genutzt werden. Die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Minsker Abkommens muss das Ziel bleiben. Dieses sieht einen Waffenstillstand an der Kontaktlinie vor, den Dialog mit den Konfliktparteien sowie einen Autonomiestatus in der Donbass-Region.

Die Bundesregierung muss alles Mögliche tun, um eine Eskalationsspirale mit unbekanntem Ende zu verhindern. Eine Sonder-Konferenz der UN unter Einbeziehung Russlands, der Ukraine und aller Nachbarstaaten könnte den Weg an den Verhandlungstisch ermöglichen.

Als LINKE setzen wir uns für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und ein Ende jeder Großmachtpolitik ein. Es braucht einen Politikwechsel, für gewaltfreie Konfliktlösungen, sozialen Ausgleich und grenzübergreifende Kooperation.

Unsere Solidarität gilt daher allen Menschen, die gegen diesen Krieg auf die Straße gehen. Sie gilt auch den mutigen Menschen, die am Donnerstagabend in Moskau und in über 60 weiteren russischen Städten trotz scharfer Repressionen, trotz Polizeigewalt und

Festnahmen gegen den Krieg demonstriert haben. Mindestens 1850 Menschen wurden dabei verhaftet.

Diese Proteste geben Mut in diesen dunklen Zeiten. Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den zahlreichen Kundgebungen für den Frieden, einen Waffenstillstand und Abrüstung zu beteiligen!

Die Waffen nieder – für die Menschen in der Ukraine!

Für Frieden in Europa!